

BASLER

FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!



Kaufkraft-Initiative:

Mehr Geld im Portemonnaie!

FDP
Die Liberalen
Basel-Stadt



Jetzt für die
Kampagne spenden!

- ✓ JA zu mehr Geld im Portemonnaie.
- ✓ JA zur Rückgabe der Kaufkraft an die Bevölkerung nach 15 Jahren Überschuss.
- ✓ JA zur mehr Selbstbestimmung über Ihr hart verdientes Geld.
- ✓ JA zur Erhöhung der Standort-Attraktivität.
- ✓ JA zum haushälterischen Umgang mit Steuergeldern beim Kanton.

Kantonale Volksinitiative «Für mehr Geld im Portemonnaie (Kaufkraft-Initiative)»

Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die Unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

Das Gesetz über die direkten Steuern (SG 640.100) wird wie folgt geändert:

1 Die einfache Steuer auf dem steuerbaren Einkommen wird nach folgendem Tarif (Tarif A) berechnet:
Von 100 CHF bis 201'500 CHF: 20 CHF je 100 CHF.
Über 201'500 CHF bis 300'000 CHF: 26.25 CHF je 100 CHF.
Über 300'000 CHF: 27.25 CHF je 100 CHF.

2 Die einfache Steuer auf dem steuerbaren Einkommen wird für in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe lebende Ehegatten sowie für Alleinstehende, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen zusammenleben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten, nach folgendem Tarif (Tarif B) berechnet:
Von 100 CHF bis 403'100 CHF: 20 CHF je 100 CHF.
Über 403'100 CHF bis 600'000 CHF: 26.25 CHF je 100 CHF.
Über 600'000 CHF: 27.25 CHF je 100 CHF.

3 Für die Berechnung der Steuer nach diesen Tarifen werden die Frankenbeträge des steuerbaren Einkommens auf die nächsten 100 CHF abgerundet.

- 3. Nur die grauen Felder ausfüllen
- 1. Politische Gemeinde unbedingt ankreuzen
- 2. Gut lesentlich schreiben
- 4. Pro Blögen nur stimmberechtigte Unterzeichnende aus der gleichen Gemeinde

Politische Gemeinde: Basel Riehen Bettingen

Name / Vorname: _____

Eigenhändig und Blauschrift

Geburtsdatum: Tag _____ Monat _____ Jahr _____

Wohnadresse: _____

Straße und Hausnummer

Unterschrift: _____

Eigenhändig

Kontrolle: _____

Sie hier lassen

Jetzt braucht es Ihre Unterstützung für unsere Steuersenkungsinitiative!

Grosser Rat sagt Nein zur Steuersenkung, Kanton präsentiert Überschuss



schnittlichen Haushalt. Einher geht damit selbstverständlich nicht nur ein Kaufkraftverlust, sondern immer auch ein schleichender Verlust an Freiheit: die Freiheit, selber zu entscheiden.

Enteignungsinitiative von Juso und SP

Noch weiter geht die Juso-Erbschaftsinitiative. Die Initiative schreibt eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ab einem Betrag von 50 Millionen vor. Ohne Ausnahmen und zusätzlich zu allen kantonalen Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Das würde die erfolgreichsten Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Unternehmen aus dem Land vertreiben. Laut Bundesrat würden dem Schweizer Staat in der Folge bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr fehlen. Vielleicht würde ein Teil mit Sparprogrammen bei der öffentlichen Hand kompensiert. Wahrscheinlich ist aber, dass die Politik die Steuerausfälle wiederum mit neuen Steuern gegenfinanzieren will. Und zwar bei demjenigen, der die Schweiz nicht ohne weiteres verlassen kann: beim arbeitenden Mittelstand. Die FDP wehrt sich mit aller Kraft gegen diesen linken Steuerhammer und gegen diese Vernichtung des nachhaltigen Unternehmertums – eines wichtigen Bausteins unseres Wohlstands.

Steuern senken, Staat entschlacken, Subventionen abbauen

Die einzige richtige Antwort auf die schädliche Anspruchspolitik von Mitte-Links heisst mehr Freiheit – oder ganz einfach: den Menschen und unseren KMU etwas zuzutrauen. Sie sollen wieder mehr Spielraum für ihr verdientes Geld haben. Ob sparen, investieren oder konsumieren. Weshalb sollen diese zuweilen schwierigen individuellen Entscheidungen vom Staat verhindert werden? Aktuell liegt die Schweizer Staatsquote bei 32 Prozent und damit über dem globalen Median. Die Fiskalquote (ohne Zwangsabgaben für die Kranken- und die Pensionskassen) beträgt 40 Prozent und ist damit vergleichbar mit denjenigen Deutschlands oder Österreichs und liegt nur unwesentlich unter derjenigen von Schweden. Zudem zeigen die Tendenzen sowohl bei der Staats- wie auch bei der Fiskalquote deutlich nach oben. Die FDP muss als einzige Partei in der Schweiz gegen die immer dreister erhobenen staatlichen Glücksversprechen ankämpfen und sich nicht scheuen, den Menschen in unserem Land etwas zuzutrauen. Dazu müssen wir uns aber zuerst selber etwas zutrauen: den Mut, Nein zu sagen – auch oder gerade weil uns die Parteien aus der Koalition der Anspruchsvollen Arm in Arm mit den Medien dafür kritisieren. Denn Freiheit ist anstrengend. Der Kampf dafür noch viel mehr!

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Liebe Freisinnige

«Freiheit ist kein Synonym für Glück, sondern eher für schwierige Entscheidungen»: Dieses Zitat der liberalen Politikerin Emma Bonino aus Italien macht klar, dass liberale Politik nicht die Aufgabe hat, die Menschen glücklich zu machen. Die FDP steht für eine Politik ein, die den Menschen Freiheit lässt. Freiheit kann anstrengend sein, denn sie beinhaltet, dass jeder und jede selber denken, entscheiden und handeln muss. Freiheit ist aber alles andere als selbstverständlich, sie muss jeden Tag errungen werden. Es bedarf vor allem des Mutes der Politik, den Menschen etwas zuzutrauen und ihnen etwas abzuverlangen: Selbstverantwortung! Wenn wir einen Blick in die Welt werfen, müssen wir feststellen: Die Welt ist im Umbruch, und das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist vielerorts gefährdet – mittlerweile auch in der Schweiz.

Schweizer Wohlstand steht auf dem Spiel

Die Schweiz ist aufgrund des liberalen Staatsverständnisses ein erfolgreiches Land, in dem der Wohlstand im weltweiten Vergleich enorm hoch ist. Davon können alle Menschen in unserem Land profitieren. Das ist das Verdienst unserer Vorfahren, die sich für eine Schweiz eingesetzt haben, die auf Selbstverantwortung, Subsidiarität und Milizprinzip basiert. Dieses Staatsverständnis steht massiv unter Druck. Die anderen Parteien versprechen den Menschen in diesem Land, mit einer Fülle von staatlichen Leistungen für ihr Glück zu sorgen.

Ausser der FDP gibt es kaum eine Partei, die den Mut hat, sich gegen die nicht finanzierbaren Verheissungen zu stemmen. Ansprüche, die noch vor wenigen Jahren aus finanzpolitischer Vorsicht im Parlament keine Chance hatten, sind heute mehrheitsfähig. Die Koalition der Anspruchsvollen setzt dadurch unter billiger Inkaufnahme der finanzpolitischen Verlüderung den Wohlstand nicht nur der heutigen Generation, sondern auch der nachfolgenden Generationen aufs Spiel.

SP und Mitte wollen einen weiteren Ausbau der AHV

Bei der 13. AHV-Rente fragt sich die Politik, wie sie das vom Volk angenommene Versprechen einlösen und gegenfinanzieren soll. Die Antwort ist schnell zur Hand: Steuererhöhungen. Doch es kommt aber noch dicker. Noch bevor die Finanzierung der 13. AHV-Rente auch nur ansatzweise geklärt ist, setzen SP und Mitte bereits zum nächsten Griff ins Portemonnaie des arbeitenden Mittelstands und der KMU an. Im Rahmen der Finanzierungsvorlage für die 13. AHV-Rente haben Mitte und SP dreist einen zusätzlichen Ausbau der AHV-Finanzierung beschlossen. Statt um 5 Milliarden soll die AHV um fast 9 Milliarden aufgestockt werden. Bezahlt werden soll der Ausbau durch höhere Lohnabzüge und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Kostenfolgen für die Bevölkerung werden einmal mehr verschwiegen: rund 2000 Franken pro Jahr und durch-

Wir spielen nicht auf Zeit – wir spielen auf Zukunft.

Editorial von Johannes Barth

Liebe Freisinnige

«Der Ball ist rund, und das Spiel dauert 90 Minuten», «Das Runde muss ins Eckige», «Nach dem Spiel ist vor dem Spiel», «Der nächste Gegner ist immer der schwerste»: Es gibt Fussballsprüche, die jeder kennt – auch diejenigen die mit Fussball nicht viel am Hut haben. Aber viele werden das in Basel nicht mehr sein. Und zugegeben, diese Sprüche tönen wie von einem Abreisskalender mit Weisheiten von Goethe und Konfuzius, aber sie tragen auch eine Prise Weisheit in sich. Und diese Fussballsprüche haben mit freisinniger Politik mehr zu tun, als man auf den ersten Blick vermuten würde.

«Der Ball ist rund, und das Spiel dauert 90 Minuten»: ein Satz, so schlicht wie weise. Jedes Spiel und jede politische Auseinandersetzung hat eine Anfangsphase, eine Strategie, einen Spielverlauf, eine Schlussphase. Innerhalb dieses Rahmens entscheiden Aufstellung, Taktik und Reaktionsvermögen darüber, wer überzeugt. Und auch in der Politik zählt, was man innerhalb der verfügbaren Zeit auf den Platz bringt. Wer zu lange zögert, kommt nicht ins Spiel. Wer früh führt, muss klug verteidigen. Und wer zurückliegt, braucht Mut zum Risiko. Aber wer nur auf die Nachspielzeit hofft, hat das Spiel eigentlich schon verloren.

«Das Runde muss ins Eckige»: Das ist der wohl freisinnigste Satz unter den Fussballweisheiten. Denn was nützt uns die beste, klügste und genialste Idee, wenn wir sie nicht ins Goal bringen, sprich: sie beim Kunden nicht ankommt? Unser Freisinn ist voll von guten Ideen, Rezepten und Visionen zu Freiheit, Eigenverantwortung, Gemeinssinn und Fortschritt. Werft doch wieder einmal einen Blick ins Parteiprogramm, es lohnt sich! (Das ist vielleicht auch ein guter Vorsatz für ein Jahr ohne Wahlkampf.) Aber ohne politische Mehrheiten, ohne kluge Vermittlung und ohne das richtige Timing bleibt alles Theorie. Unsere Aufgabe ist es, nicht nur Konzepte zu formulieren, sondern sie auch durchzubringen. Das Tor zählt, nicht der Pass.

Und nach dem Spiel ist, wie wir wissen, vor dem Spiel. Es gibt keinen Schlusspfiff in der Politik. Jede Debatte ist nur der Auftakt zur nächsten. Stillstand ist Rückschritt. Einen Standby-Modus gibt es nicht. Die Arbeit hört nie auf. Fortschritt ist kein Ziel. Fortschritt ist eine Bewegung.

«Der nächste Gegner ist immer der schwerste»: Diese Einsicht erinnert uns daran, dass wir in

einem dynamischen politischen Umfeld agieren – mit Mitbewerbern, die mehrheitsfähige Argumente haben, und mit einer Stadtbevölkerung, die kritisch prüft. Ja, ich denke hier auch an die Vorzugsrouten für Zweiräder. Um das Standortpaket mache ich mir etwas weniger Sorgen.

So gesehen sind Fussball und Politik fast das Gleiche, zumindest sind sie einander ähnlich. Beide brauchen eine klare Strategie, ein gutes Team und Ausdauer – und gelegentlich braucht man ein bisschen Glück. Was beide Welten verbindet, ist der Wille, nicht einfach auf Zeit zu spielen. Denn eines ist klar: Wir spielen nicht auf Zeit – wir spielen auf Zukunft.

Und vielleicht braucht es gerade deshalb zum Schluss noch einen ganz anderen Satz – aber nicht aus der Welt des Fussballs, sondern eher aus Welt der Halbzeitpause. «Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei»: Dies ist das letzte Mal, dass der «Basler Freisinn» gedruckt erscheint. Nach fast fünf Jahrzehnten, in denen diese Parteizeitung unsere Positionen, Personen und Projekte begleitet hat, verabschieden wir uns von der gedruckten Zeitung. Die Zeit ist reif für neue Wege, auch in der Kommunikation. Der Ball rollt weiter – nur eben



digital. Und auch hier gilt: «Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.»

Johannes Barth,
Präsident der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Anzeige

VERKAUF/KAUF-SCHÄTZUNGEN-BEWIRTSCHAFTUNG





L+B AG

LiegenschaftsBeratung

L + B AG Liegenschaftsberatung

Steinentorstrasse 13, 4010 Basel

Tel. 061 205 08 70

www.lb-liegenschaftsberatung.ch

Ja! zum Basler **Standortpaket** am 18. Mai 2025

Komitee beitreten und JA stimmen!

Wirtschaft. Gesellschaft. Umwelt. Zämme stark.

Komitee JA zum Standortpaket, St. Jakobs-Strasse 20, 4010 Basel

Zämme stark dank Basler Standortpaket

Mit dem Basler Standortpaket setzt der Kanton Basel-Stadt die OECD-Mindeststeuer um. Der breit abgestützte Kompromiss fördert Forschung, Gesellschaft und Umwelt und trägt so dazu bei, dass der Wirtschaftsstandort Basel auch in Zukunft international konkurrenzfähig und attraktiv bleibt.

Die Mitgliedsstaaten der OECD haben beschlossen, eine Mindeststeuer einzuführen. International tätige Unternehmen mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro müssen neu mindestens 15 Prozent Gewinnsteuern bezahlen. Die Schweiz setzt das in Form einer sogenannten Ergänzungssteuer um, die seit 2024 gilt. Das führt dazu, dass die betroffenen Unternehmen substantiell höhere Steuern bezahlen müssen.

Betroffene Unternehmen stellen jeden vierten Arbeitsplatz

In Basel-Stadt sind davon 200 Gesellschaften betroffen. Diese haben im Kanton eine enorme wirtschaftliche Bedeutung. Sie beschäftigen mehr als 40 000 Mitarbeitende und stellen damit jeden vierten Arbeitsplatz. Sie generieren mehr als jeden zweiten Franken Wertschöpfung. Und sie bezahlen 80 Prozent der Unternehmenssteuern.

Darüber hinaus bezahlen diese Unternehmen überdurchschnittliche Löhne, sodass sie einen erheblichen Teil zu den Einnahmen aus der Einkommenssteuer beitragen. Schliesslich sind sie bedeutende Auftraggeber für KMU in unserer Region und tragen damit zu weiteren Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen bei.

Während der Standort Basel für Unternehmen teurer wird, kennen praktisch alle OECD-Länder bereits seit vielen Jahren verschiedenste Arten der Förderung von Forschung und Innovation. Die Schweiz und Basel haben bisher zu Gunsten von tiefen Steuersätzen von dieser Form der Standortförderung abgesehen. Nun drohen wir aber im internationalen Standortwettbewerb ins Hintertreffen zu geraten, wenn wir die Einzigen bleiben, die Forschung und Innovation nicht fördern. Deshalb wurde das Basler Standortpaket notwendig, welches unseren Unternehmen gleich lange Spiesse gibt.

Basler Standortpaket stärkt Wettbewerbsfähigkeit

Dank gezielter Massnahmen soll Basel auch weiterhin ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleiben. Damit sollen sowohl Arbeitsplätze als auch Steuereinnahmen gesichert werden, die unseren hohen Lebensstandard ermöglichen. Bis zu 500 Millionen Franken sollen zur Förderung von Innovation, Gesellschaft und Umwelt zur Verfügung stehen.

Das Basler Standortpaket ist für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Basel von entscheidender Bedeutung. Auch mit dieser Vorlage werden die Unternehmen künftig mehr Steuern bezahlen müssen als bisher. Sie erhalten jedoch die Möglichkeit, Förderbeiträge für ihre Forschungstätigkeiten zu beantragen.

Die Förderbeiträge stehen allen Unternehmen offen: vom Startup über das KMU bis hin zum grossen Unternehmen. Mit der Unterstützung von freiwilliger Elternzeit und von Klimaschutzmassnahmen sowie von Forschungsk Kooperationen mit globalem Nutzen übernimmt Basel-Stadt mit diesem Paket zudem Verantwortung über die reine Standortförderung hinaus – und stärkt so den Zusammenhalt von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.

www.jazumstandortpaket.ch

Luca Urgese, Grossrat der FDP

Für ein Miteinander im Verkehr



2 x NEIN
zu 50km Velovorzugsrouten
und noch mehr Baustellen!

**DARÜBER STIMMEN SIE AB:**

Am 18.5. werden Sie über die Volksinitiative «sichere Velorouten» abstimmen. Diese sieht vor, dass rund 16% des Basler Strassennetzes (also 50 von 318 Kilometern Strassennetz) für den Veloverkehr freigemacht werden müssen. Sie müssen frei von Autos und mindesten 2.4 Meter breit sein. Velos sollen Vorzug an Verkehrsknoten haben und auf diesen Routen nebeneinander fahren dürfen. Der Gegenvorschlag der Parlamentsmehrheit sieht 40 Kilometer vor in den nächsten zehn Jahren vor.

WARUM MAN 2X NEIN SAGEN SOLL!**Basel ist nicht Zürich!**

Die Idee stammt aus dem Kanton Zürich. Dort wurden 6% des Strassennetzes als Velovorzugsrouten gefordert. In Basel wären es also mehr als doppelt so viel! Wie soll das auf unserem engen Raum noch möglich sein?

NEIN zu zusätzlichen Baustellen und Millionenkosten!

Die Umsetzung würde zu noch mehr Baustellen führen und Millionen Steuerfranken verschlingen – für ein Routenkonzept, das überhaupt nicht bekannt ist.

Basel ist schon heute eine Velostadt!

Der Regierungsrat gibt selber zu, dass es trotz mehr Veloverkehr deutlich weniger Unfälle mit Velos als in anderen Schweizer Städten gibt. Die Anzahl Velounfälle nimmt in Basel seit Jahren ab.

Selbst der Regierungsrat sagt NEIN zur Initiative!

Angesichts dieses Umstandes lehnt auch der Regierungsrat die radikale Initiative ab und verweist auf die bereits getroffenen Massnahmen im Veloverkehr

Der Gegenvorschlag kostet Millionen und schädigt das Gewerbe!

Der vom Grossen Rat ausgearbeitete Gegenvorschlag geht zwar etwas weniger weit als die Initiative, ist aber ebenfalls radikal. Er kostet 24 Mio. Franken und es werden gemäss Regierung weitere 1'000 Parkplätze abgebaut und neue, komplizierte, Einbahnstrassen geschaffen und die Zufahrt eingeschränkt.

NEIN zu Velo-Highways und unsicheren Schulwegen!

In Zürich zeigen sich die Probleme bei der Umsetzung. So wehren sich Anwohner gegen gefährliche «Velo-Highways» und Eltern machen sich Sorgen wegen der Schulwegsicherheit. Aus dem gewünschten Mit- wird so ein Gegeneinander.

Komitee «2x NEIN zu den Velovorzugsrouten», 4051 Basel

Für ein Miteinander im Verkehr – 2 x Nein zu den Velorouten

Am 18. Mai sind die Basler Stimmbürger aufgerufen, über die Volksinitiative «sichere Velorouten» oder einfacher gesagt über neue Velovorzugsrouten auf rund 16 Prozent des Basler Strassennetzes abzustimmen. 50 Kilometer solcher Velovorzugsrouten werden gefordert. Sie sollen mindestens 2,4 Meter breit sein, frei von Autos und sollen auch Vorzug für Velos an Verkehrsknoten haben. Auch soll auf ihnen nebeneinander gefahren werden können. Nebeneinander das neue Miteinander im Verkehr?

Probleme mit der Umsetzung in Zürich

Die Initiative kommt aus Zürich und wurde dort angenommen. Auch in Zürich wurden 50 Kilometer gefordert. Nur ist das Zürcher Strassennetz mehr als doppelt so lang wie das von Basel. In Basel müssten also auf 16 Prozent oder auf mehr als doppelt so vielen Strassen Velovorzugsrouten eingerichtet werden. Bei der Umsetzung in Zürich zeigen sich jetzt die Probleme. Anwohner wehren sich gegen «Velo-Highways» und Eltern sind besorgt um den Schutz ihrer Kinder bei Schulhäusern.

Noch mehr Baustellen

Gemäss Regierungsrat hätte die Umsetzung der Initiative in den kommenden zehn Jahren ein Vielfaches an zusätzlichen Baustellen zur Folge. Noch mehr Baustellen im Kleinbasel? Die Initianten

rechnen mit Kosten von 60 Millionen für die Umsetzung. Der Regierungsrat betont, dass im Gegensatz zu anderen Schweizer Städten Basel-Stadt trotz zunehmendem Veloverkehr weniger polizeilich rapportierte Unfälle mit Velobeteiligung verzeichnet. Die Unfallstatistiken zeigen, dass in Basel die Fahrradunfälle seit Jahren rückläufig sind. Es wird also in Basel bereits sehr viel für die Velofahrer gemacht.

Auch der Gegenvorschlag ist abzulehnen!

Der vom Grossen Rat ausgearbeitete Gegenvorschlag geht zwar etwas weniger weit als die Initiative, ist aber ebenfalls radikal. Mit diesem müssten zwar in den kommenden zehn Jahren «nur» 40 Kilometer Velovorzugsrouten realisiert werden, aber mit dem Gegenvorschlag wird verbindlich ins Um-

weltschutzgesetz geschrieben, dass das zuständige Departement alleine ohne Parlament die Standards für die Planung, die Projektierung und die Umsetzung von kantonalen Fuss- und Veloverkehrprojekten festlegt. Was also eine Velovorzugsroute sein soll, entscheidet alleine die Regierung.

«Velo-Highways» in Basel?

Wo die Velovorzugsrouten durchführen würden, ist unklar. Es scheint, der Stimmbürger kaufe wieder einmal die Katze im Sack. Die Regierung geht vom Abbau von mindestens 1000 Parkplätzen aus. Es ist mit weiteren Einbahnstrassen für Autos zu rechnen. In einem Bericht steht, dass allenfalls die Breite der Trottoirs für die Fussgänger auf der Wettsteinbrücke zu Gunsten der Velofahrer reduziert werden müsste. Auch ist der Untere Rheinweg als mögliche Route beschrieben. Da müssten dann wieder Dutzende Parkplätze weichen. Ob die schnellen E-Bikes nach dem Ende der Velovorzugsrouten z.B. vor der Kaserne oder dann im Solitude-Park bremsen würden, mag man bezweifeln. Der Stadtraum ist knapp. Es braucht eine Verkehrspolitik für ein Miteinander, nicht Velovorzugsrouten, auf denen man nebeneinander fahren kann. Daher 2 x Nein zur Initiative und zum Gegenvorschlag.

Daniel Seiler, Grossrat der FDP

Die FDP Basel-Stadt dankt Beat Braun für seinen langjährigen Einsatz als Grossrat

Beat Braun setzte sich während zehn Jahren im Parlament für eine starke Wirtschaft und eine starke Bildung ein. Wir haben nachgefragt:

Welche Erfahrungen waren für dich besonders bedeutsam aus deiner Zeit als Grossrat?

Der regelmässige Austausch in der Fraktion war für mich enorm wertvoll – politisch, aber auch persönlich. In den Kommissionen habe ich erlebt, wie wichtig die sachliche Arbeit über Parteigrenzen hinweg ist. Das hat meinen Horizont definitiv erweitert. Gleichzeitig war ich manchmal wirklich erstaunt, welche Anliegen von der linken Seite eingebracht wurden – Themen, die für mich eher wie ein Beitrag in einer Satiresendung klangen, aber dann völlig ernsthaft vertreten wurden. Diese Mischung aus konstruktiver Zusammenarbeit und ideologischen Reibungspunkten war prägend.

Auch der Blick auf die Medienlandschaft war lehrreich: Es war interessant, zu beobachten, über was die Presse berichtet – und über was nicht. Manchmal wurden nebensächliche Themen überbewertet, während wichtige Geschäfte kaum Beachtung fanden. Das hat mir nochmals deutlich gemacht, wie wichtig es ist, selbst oder als Partei aktiv zu kommunizieren, wenn man mitgestalten will.

Welche Kommissionen hast du begleitet?

Ich war Mitglied der Petitionskommission, der Begnadigungskommission sowie der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek). In der Petitionskommission stand der direkte Kontakt mit den Anliegen der Bevölkerung im Vordergrund – das war oft sehr nah an den Menschen und ihrem Alltag. In der Begnadigungskommission ging es um heikle Einzelfälle, bei denen Augenmass gefragt war. Die Arbeit in der Uvek schliesslich war besonders sachorientiert – hier wurde über langfristige Fragen zu Mobilität, Energie und Stadtentwicklung diskutiert. Diese Kombination aus persönlicher Nähe und strategischer Weitsicht hat die Kommissionsarbeit für mich besonders spannend gemacht.

Inwiefern hat die Bedeutung der FDP sich in den letzten zehn Jahren im Grossen Rat verändert?

Die FDP hat sich in den letzten Jahren als verlässliche Stimme für wirtschaftliche Vernunft, Eigenverantwortung und individuelle Freiheit etabliert – auch wenn die Rahmenbedingungen in einem links-grünen Kanton nicht einfacher geworden sind. Die Mehrheitsverhältnisse erfordern heute noch mehr strategisches Geschick und Kompromissbereitschaft, um Wirkung zu erzielen. Trotz Oppositionsrolle konnten wir immer wieder kons-

truktive Beiträge leisten und in wichtigen Fragen mitgestalten – nicht zuletzt durch unsere Fähigkeit, sachlich zu argumentieren und pragmatische Lösungen anzubieten.

Welches Geschäft wird dir am längsten in Erinnerung bleiben oder hat dich am meisten gefordert?

Die Neugestaltung des Aeschenplatzes war eines der komplexesten und prägendsten Geschäfte: ein komplexes Projekt mit städtebaulicher, verkehrspolitischer und gesellschaftlicher Dimension. Auch die Debatten rund um die Klimaabstimmung, Fernwärme und E-Mobilität haben mich stark beschäftigt, weil sie gut zeigen, wie anspruchsvoll die Suche nach tragfähigen Lösungen zwischen Ökologie, Technologie und ökonomischer Realität geworden ist.

Sehr am Herzen lagen mir aber auch persönliche Vorstösse – beispielsweise die Motion zur Prävention häuslicher Gewalt an Schulen oder jene zur Verbesserung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung. Beide Geschäfte gingen auf eine Initiative der FDP-Frauen zurück, und ich habe sie mit Überzeugung eingebracht.

Dann gab es die kleineren Themen, die aber mediale Wirkung zeigten: den «Luminator» in der SBB-Schalterhalle, die Sicherheitslage am Unteren Rheinweg oder den Umgang mit Standbetreibern an der Herbstmesse – da war die Resonanz in der Bevölkerung und in den Medien jeweils deutlich spürbar.

Und dann gab es auch Rückschläge – der wohl grösste Flop war meine Motion für mehr Transparenz beim Leistungsniveau der Schulen, also quasi ein Schulranking. Ich fand das Anliegen wichtig und berechtigt – aber das Parlament sah das anders und hat es mit 93 Stimmen wuchtig abgelehnt.

Milizpolitik ist oft ein Spagat zwischen Beruf und politischem Engagement – wie würdest du junge Freisinnige von der Milizpolitik überzeugen?

Milizpolitik bietet die einzigartige Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilzunehmen. Der direkte Einfluss auf politische Entscheidungen und die persönliche Weiterentwicklung sind unschätzbare Erfahrungen, die ich jedem ans Herz legen würde.

Es braucht besonders viel Enthusiasmus und Durchhaltevermögen, als Grossrat aus einer Oppositionspartei im links-grünen Stadtkanton politische Arbeit zu leisten.

Was hat dir in dieser Zeit am meisten Energie und Hingabe verschafft?



Ganz ehrlich – es ist mitunter sehr ermüdend. Wenn man als Freisinniger in einem klar links-grün dominierten Parlament unterwegs ist, braucht es einen langen Atem. Trotzdem war Aufgeben nie eine Option. Es ging darum, dranzubleiben, Kompromisse zu erzielen, wo möglich, und mit Überzeugung weiterzukämpfen. Die wenigen, aber umso wertvolleren politischen Erfolge geben einem dann wieder die nötige Energie – genauso wie das Bewusstsein, dass liberale Stimmen gerade in solchen Gremien unverzichtbar sind.

Was wünschst du der FDP Basel-Stadt für die Zukunft?

Ich wünsche der FDP Basel-Stadt einen Sitz in der Regierung, 15 Prozent Stimmenanteil und damit 15 engagierte Grossrätinnen und Grossräte – eine echte freisinnige Kraft im Parlament. Ausserdem wünsche ich mir viele neue Mitglieder, insbesondere auch junge, die sich mit liberalen Werten identifizieren und Lust haben, Verantwortung zu übernehmen. Eine starke FDP ist wichtig für die Balance im politischen System unseres Kantons – mit klarem Kompass, frischen Ideen und dem Mut, auch unbequeme Themen anzusprechen.

Für das Interview:
Eva Biland, Co-Vizepräsidentin

Grosser Rat sagt Nein zur Steuersenkung, Kanton präsentiert Überschuss

Jetzt braucht es Druck mit der Steuersenkungs-Initiative der FDP Basel-Stadt!

Im März hat der Grosse Rat das neue Steuerpaket bachab geschickt. Nur einen Tag später präsentierte der Kanton seine Rechnung 2024 – mit einem satten Überschuss im dreistelligen Millionenbereich. Für die FDP Basel-Stadt ist klar: Jetzt reicht's!

Es ist höchste Zeit, die Bevölkerung zu entlasten. Deshalb braucht es nun umso mehr Vollgas bei der Kaufkraft-Initiative der FDP Basel-Stadt! Das Ziel ist klar und konkret: Die drei Einkommenssteuersätze sollen je um einen Prozentpunkt sinken.

Das bedeutet rund 60 Millionen Franken mehr Kaufkraft für die Menschen in Basel, Riehen und Bettingen – direkt, spürbar und gerecht. Die Initiative ist unsere Antwort auf den strukturellen Überschuss seit über 15 Jahren.

Die Unterschriftensammlung läuft auf Hochtouren. Damit wir die nötigen 3000 Unterschriften pünktlich beisammenhaben und die Debatte in der Öffentlichkeit an Fahrt gewinnt, braucht es jetzt zwei Dinge: Ihre Unterstützung – mit Ihrer Unterschrift und mit Ihrer Spende.

Spenden können Sie via Twint oder per Einzahlung an:
FDP Basel-Stadt,
CH75 0900 0000
4000 0885 1,
Vermerk: Kaufkraft-Initiative



FDP.Die Liberalen BS




Wenn jedes FDP-Mitglied bis Ende Mai zwölf Unterschriften sammelt, haben wir das Ziel im Sack. Und auch finanziell gilt: Jeder Beitrag zählt. 50 Franken ermöglichen 500 Flyer im Briefkasten, 100 Franken bringen doppelte Wirkung – und mit 500 Franken setzen Sie ein Zeichen mit Hebelwirkung.

Jetzt Bogen downloaden, ausdrucken, unterschreiben und an die FDP Basel-Stadt senden!



Das Themenbarometer der FDP Basel-Stadt

Was bewegt die Mitglieder auf einer Skala von 1 bis 10 am meisten?

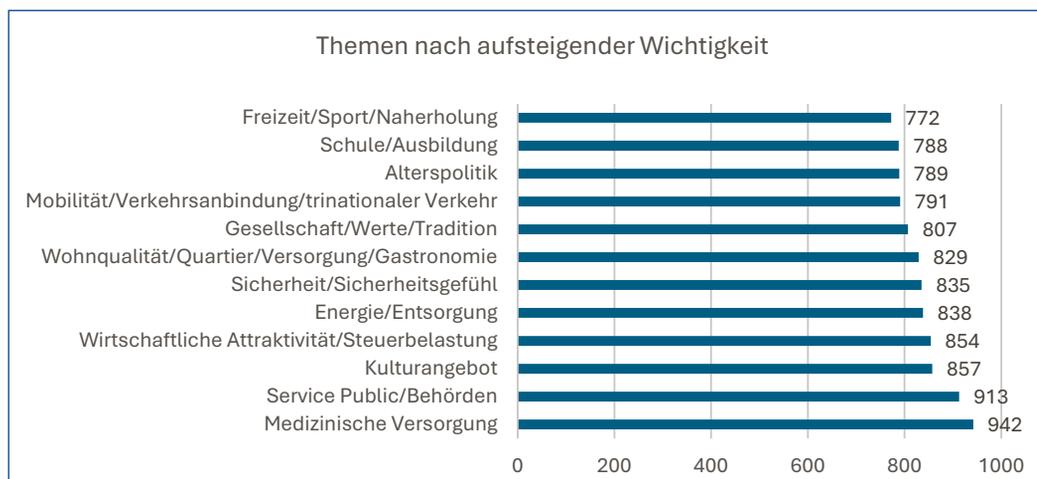
Im Januar 2025 erfolgte eine digitale Umfrage der Parteibasis, deren Ergebnisse hier kurz zusammengefasst werden sollen. Die Befragten sollten ihre persönliche Priorität von insgesamt 12 Themen einschätzen und waren eingeladen, individuelle Rückmeldungen zu formulieren. Gefragt wurde nach einer Priorisierung der Themen auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 10 «grösste Wichtigkeit» bedeutete. 121 befragte Personen nahmen an der Befragung teil, knapp drei Viertel von ihnen im Stadtgebiet, der übrige Teil in den Landgemeinden wohnhaft. Das Thema «medizinische Versorgung» wurde als prioritär gewichtet, gefolgt vom Thema Service public/Behörden. Korrekturen wünscht man sich bei der Mehrfachrolle des Kantons als Regulator und Besitzer der Spitäler, man wünscht sich allgemein zuverlässigere Dienstleistungen, eine effizientere Verwaltung und benennt mehrfach den Wunsch nach Prüfung von Privatisierung im Bereich Strassenreinigung, Müllentsorgung, Gesundheits- und Kultureinrichtungen. Fast identisch priorisiert wurden in absteigender Reihenfolge die Themen Kultur, Wirtschaft/Steuern, Energie und Sicherheit. Gehäuft wurde Unverständnis formuliert bezüglich der fehlenden Energiealternativen

zur Fernwärme in nicht erschliessbaren Gebieten wie Teilen vom Bruderholz, Neubad, Riehen und Bettingen trotz der hohen Staatsbeiträge an die Industriellen Werke. Ähnlich priorisiert wurden in absteigender Reihenfolge zuletzt die Themen Versorgung/Gastronomie, Gesellschaft/Werte, Mobilität, Alterspolitik, Bildung und Freizeit/Sport. Die vielen Rückmeldungen seien an dieser Stelle verdankt. Sie sind wichtig für die weitere Parteiarbeit

und dienen unabhängig von Schwerpunktthemen als Arbeitsinstrument. Die detaillierte Auswertung liegt jeweils den Präsidien der Sektionen vor.

Tabelle: Themenpriorisierung nach aufsteigender Wichtigkeit (Skala 1 bis 10, in absoluter Anzahl Punkte dargestellt).

Eva Biland, Co-Vizepräsidentin



Erfolg für die FDP Frauen

Sexualisierte und häusliche Gewalt: Verbesserte Prävention an Schulen dank Vorstössen

Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen sexualisierte und häusliche Gewalt: Zwei Vorstösse der FDP Frauen Basel-Stadt zur Prävention an Schulen wurden zur Erfüllung überwiesen und sind teilweise bereits in Umsetzung. Der Regierungsrat anerkennt die Dringlichkeit, Kinder und Jugendliche frühzeitig zu sensibilisieren, um langfristig Schutz zu bieten. Auch ein dritter Vorstoss zur Erhöhung der Psychotherapieplätze wurde angenommen.

Prävention beginnt in der Schule

Sexualisierte und häusliche Gewalt sind in der Schweiz ernste gesellschaftliche Probleme. Viele Kinder und Jugendliche sind direkt oder indirekt betroffen. Zudem ist die Dunkelziffer hoch, da zahlreiche Straftaten nie polizeilich gemeldet werden. Mit den von den FDP Frauen initiierten Motionen, eingereicht von Karin Sartorius und Beat Braun, wurde der Regierungsrat beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, das obligatorische Präventionsangebote in der Primar- und der Sekundarschule vorsieht. Laut Regierungsrat wird nun eine interkantonale Arbeitsgruppe eingesetzt, um beide Forderungen konzeptionell umzusetzen. Ziel ist es, die Thematik der häuslichen und sexualisierten Gewalt stärker in bestehende Konzepte zu integrieren, eine nachhaltige Sensibilisierung zu erreichen und Kinder sowie Jugendliche besser zu schützen.

Anzahl Therapieplätze rasch erhöhen

Ebenfalls zur Erfüllung überwiesen wurde ein von Beat Braun eingereichter Vorstoss, der auf die prekäre Situation bei den ambulanten Psychotherapieplätzen reagiert. Die Motion fordert, dass innert Jahresfrist ein Konzept vorgelegt wird, das sowohl traditionelle als auch digitale Ansätze kombiniert, um die Zahl der verfügbaren Therapieplätze zeitnah deutlich zu erhöhen. Der Vorstoss wurde als Anzug überwiesen und wird vom Regierungsrat im Rahmen von seinen bereits umfassenden Bemühungen in einem abgestimmten Vorgehen mit relevanten Partnern umgesetzt, um eine nachhaltige und strukturierte Verbesserung zu erzielen.

Veranstaltungstipp: Gedankenbar der FDP Frauen Basel-Stadt mit Sabine Horvath

Die Gedankenbar ist das neue Format für spannende Gespräche in ungezwungener Atmosphäre. Mehrmals im Jahr laden die FDP Frauen Basel-Stadt inspirierende Persönlichkeiten ein.

Das erste Mal tauchen sie in die Welt des Frau Fussballs ein und blicken hinter die Kulissen der UEFA Women's Euro 2025. Sabine Horvath, Gesamtprojektleiterin des Turniers, wird den Anwesenden exklusive Einblicke in die Organisation des Grossereignisses geben.

FDP
Die Liberalen
Frauen Basel-Stadt

Gedankenbar

Die UEFA Women's Euro 2025 in Basel

Ein Blick hinter die Kulissen des
grössten Frauensportanlasses
in Europa mit

Sabine Horvath
Gesamtprojektleiterin
UEFA Women's Euro 2025



fdp-frauen-bs.ch

8. Mai 2025
18.00 Uhr

Barfly Bar
St. Johannis-Vorstadt 11
4056 Basel

Unkompliziertes
Get-Together mit
inspirierenden
Gästen.

Kostenlos und ohne
Anmeldung –
einfach
vorbeikommen!

- Datum: Donnerstag, 8. Mai 2025
- Uhrzeit: 18 Uhr
- Ort: Barfly Bar,
St. Johannis-Vorstadt 11, Basel

Der Event ist kostenlos und erfordert keine Anmeldung – kommt vorbei und genießt einen inspirierenden Abend! Der Event ist offen für alle, auch für Nichtmitglieder.

Das hier ist die letzte Ausgabe – adieu Basler «Freisinn», hallo Newsletter!

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde des gedruckten «Freisinns»

Wir machen's kurz: Das hier ist die letzte Ausgabe des «Freisinns» in gedruckter Form. Nein, nicht weil uns das Papier ausgegangen ist, sondern weil der Versand aufgrund des durch die Schweizerische Post gekündigten Verlegervertrags massiv mehr kosten würde. Und als Liberale wissen wir: Mit Steuergeld geht man sorgfältig um – und mit Mitgliedsbeiträgen erst recht.

Darum sagen wir: Adieu gedruckter «Freisinn», hallo digitaler Newsletter!

Was heisst das konkret? Statt vierteljährlich eine Zeitung zu drucken, die auf halbem Weg zur Haustür schon von der Katze zerfleddert wird, setzen wir ab sofort auf digitale Newsletter – schneller, günstiger, flexibler und ehrlich gesagt auch ein bisschen knackiger.

Keine Sorge: Die liberalen Inhalte bleiben. Nur das Medium ändert sich. Und Sie können wählen, ob Sie den Newsletter beim Kaffee am Küchentisch lesen oder beim Pendeln im Tram.

Also: Jetzt abonnieren! Sonst verpassen Sie womöglich, wann wir das nächste Mal im Grossen Rat die Vernunft siegen lassen. Und das wäre doch schade.

Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Treue zum «Freisinn» auf Papier – und freuen uns darauf, Sie auf digitalem Weg weiterhin mit liberalem Geist, politischen News und dem einen oder anderen Seitenhieb auf den politischen Alltag zu begleiten.

Mit besten Grüssen: Ihre FDP Basel-Stadt



Das kantonale ÖV-Programm 2026–2028, eine Mogelpackung für Bettingen

Eigentlich sollte ich mich als Gemeinderat über das sich in der Uvek befindende ÖV-Programm 2026–2028 freuen, bietet es doch Gelegenheit, die hochtrabenden Ziele der Regierung in Sachen Klimaschutz und Mobilität zu konkretisieren. Die Verpackung jedenfalls lässt viel erwarten, denn «der öffentliche Verkehr leistet bereits heute einen grossen Beitrag zum Klimaschutz und zur hohen Lebensqualität in Basel. Diesen wollen wir weiter erhöhen, damit mehr Menschen im Kanton und in der Agglomeration vom Auto auf den ÖV umsteigen.»

Leider zeigt sich bei genauer Betrachtung, dass das ÖV-Programm – zumindest für die baselstädtischen Landgemeinden – eine Mogelpackung ist. Für Riehen lassen sich kaum Verbesserungen ablesen, und Bettingen droht sogar ein Angebotsabbau. Unter dem euphemistischen Titel «Angebotsoptimierung zur Effizienzsteigerung» droht der Regierungsrat mit der Ausdünnung der Buslinie 32 von einem 15-Minuten-Takt auf einen 30-Minuten-Takt an allen Tagen ab 22 Uhr. Damit wird das im Spätangebot schon jetzt am schlechtesten erschlossene Gebiet im Kanton Basel-Stadt noch schlechter erschlossen. Dabei könnte nicht mal ein Fahrzeug oder ein Chauffeur eingespart werden, denn das Spätangebot der Linie 32 zwischen Riehen, Bettingenstrasse und Bettingen Dorf wird heute hocheffizient mit einem Fahrzeug und einem Chauffeur betrieben. Schildbürgerstreichtartig würde das Fahrzeug bei einer Fahrplanausdünnung zu einem Steh-

zeug, das pro Stunde 40 Minuten an den Endstationen herumsteht anstatt Fahrgäste regelmässig zum Ziel bringt. Von den kommunizierten jährlichen Kosten über 185 Mio. Franken des ÖV-Programms könnte man sage und schreibe 0,3 Promille einsparen.

Die vom Kanton in der Klima- und der Mobilitätsstrategie geforderten Ziele können aber nur erreicht werden, wenn der ÖV attraktiv ist. Dies bedingt gute Anschlüsse, viele Direktverbindungen, kurze Reisezeiten sowie eine dichte Taktfolge – und sicherlich keinen Angebotsabbau bei einer Grunderschliessung einer der drei baselstädtischen Gemeinden.

Ob der Kanton nun den Bettingern – wie es von den Schildbürgern erzählt wird – Steckenpferde zur Verfügung stellt, damit diese darauf von Riehen nach Bettingen reiten können, weiss ich nicht. Eine einfache Effizienzsteigerung sähe ich darin, dass die vorberatende Kommission und der Grossrat dem Schildbürgerstreich mit einem dicken Strich ein Ende setzen und diese unsägliche Massnahme unverzüglich aus dem ÖV-Programm streichen.

Daniel Schoop, Gemeinderat Bettingen



Aberau

Was fällt einem auf, das einem nicht auffallen sollte? Was ist schiefgelaufen, das nicht hätte schiefgelaufen sollen? Wer soll dafür den Kopf hinhalten?

Sind Sie auch stolz auf die zahlreichen Basler und Baslerinnen, die fleissig mit dem Velo zur Arbeit oder zum Einkaufen fahren und dergestalt Platz für die Autofahrenden lassen? Deshalb soll es noch mehr Velostrassen geben. Zudem kann man – und frau – sich ein neues Velo dank der fetten kantonalen Prämie für sein abgemeldetes Auto (vulgo «alte Gurke») auch leisten. Somit alles toll im linksgrünen Utopia?

Nicht alles toll im Grossen Rat, denn sowohl die GLP als auch Die Mitte sind jetzt sozialdemokratisiert. Sie unterstützten am 9. April die Vorlagen zur Subventionierung von Kulturjournalismus (was immer das sein soll) und zur Schaffung eines Landkaufonds in gigantischer Höhe. Bei mir reift die Erkenntnis, dass «unser» Kantonsparlament ausser Rand und Band geraten ist. Kommt in der zweiten Lesung die Vernunft zurück? Wohl kaum.

Im Steuerbereich, d. h. im Steuersenkungsbereich, herrscht zwischen den Bürgerlichen aus Riehen und Bettingen sowie jenen aus Basel ein kleiner «Bürgerkrieg» – sogar FDP-intern. Immerhin, so schlimm wie zwischen den USA und dem Rest der Welt ist es (noch) nicht. Die Landbewohner sind verstimmt darüber, dass ihnen die geplante kantonale Steuersenkung einen Vorteil nimmt. Die Linksgrünen lachen sich derweil ins Fäustchen.

Fäustchen im Sack machen die hiesigen Regierenden, denn nun hat unser wie gewohnt unzuverlässige Nachbar und «Partner» Basel-Landschaft gar einen höheren Gewinn pro 2024 veröffentlicht als wir. Dennoch soll auf dem Baselbieter Teil des Dreispitz der angedachte Unistandort auf den Sanktnimmerleinstag verschoben werden. Auf jeden Fall werden in den nächsten Jahren in Sachen Spital-, Verkehrs- und Uni-Planung und deren Finanzierung noch etwelche Diskussionen die politischen Gemüter beider Basel erhitzen. Unvorteil Basel-Stadt – wie immer.

Freuen Sie sich wie die Hoteliers auf den teuren ESC? Oder flüchten Sie von 10. bis 17. Mai ins Ausland (nur nicht in die USA) wie der Schreibende? Wo auf der Woke-Skala von 1 (ESC = igittigitt) bis 10 (habe ESC-Tickets und gehe schrill gekleidet) stehen Sie? Immerhin: Auch eingefleischte ESC-Gegner erfreuen sich während dieser Zeit stillstehender Baustellen. Schön wäre, die Kriminellen würden derweil auch etwas Pause machen.

Im Juli dürfen dann eingefleischte Fans wieder Herrenwitze über den Frauenfussball loswerden, dabei ein lauwarmes alkoholfreies Bier in der Hand haltend. Irgendwie freue ich mich drauf.

Rathaustrüster



Quartierverein West

Neumitglieder willkommen

Am 10. April 2025 durfte unser Quartierverein im Rahmen eines gemütlichen Apéros vier neue Mitglieder herzlich in seinen Reihen begrüßen. Der kleine, aber feine Empfang fand in einer entspannten Atmosphäre statt, bei der sich alte und neue Mitglieder austauschten und gemeinsam auf die bevorstehenden Herausforderungen und Ziele anstießen.

Es war eine wunderbare Gelegenheit, die neuen Mitglieder in die politische Familie zu integrieren und ihre Ideen und ihre Motivation kennenzulernen. Wir sind überzeugt, dass ihr Engagement und ihre frischen Perspektiven einen wertvollen Beitrag zu unserer Arbeit und den Zielen der Partei leisten werden.

Der Apéro bot nicht nur Raum für persönliche Gespräche, sondern auch für Diskussionen über die aktuellen politischen Themen, die uns als Partei bewegen. Wir freuen uns darauf, die neuen Mitglieder in den kommenden Monaten aktiv in unsere Projekte einzubinden und gemeinsam an der Weiterentwicklung unserer politischen Vision zu arbeiten.

Save the date:

Dienstag, 10. Juni – Mitgliederversammlung.

Für den QV FDP Grossbasel-West:

Ed Schumacher und Vojin Rakic, Co-Präsidium



Bürgerinnen und Bürger, die ihr Leben lang hart arbeiten und aktiv für ihre Altersvorsorge sparen, dürfen nicht noch mehr zur Kasse gebeten werden. Aus dieser Überzeugung heraus lanciert die FDP die Website nein-zur-vorsorgesteuer.ch, auf der die Bevölkerung mit wenigen Klicks an der Vernehmlassung des Bundes teilnehmen kann. Die FDP ist damit die erste bürgerliche Partei der Schweiz, die eine partizipative Lobbying-Plattform lanciert. Dies erfolgt im Anschluss an die über 42 000 Unterschriften, die die FDP vergangenen Herbst gegen die Besteuerung von Vorsorgeguthaben gesammelt hat.

Anzeige



Schweizer Söhne

Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

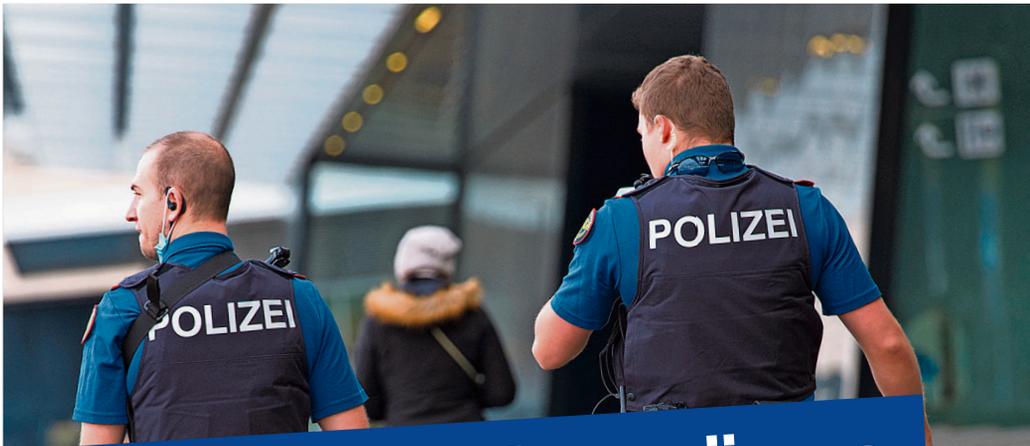
Spalenring 14/16 CH-4055 Basel
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden
E-mail: malen@schweizersoehne.ch
Homepage: www.schweizersoehne.ch

Agenda

Tragen Sie diese Termine in Ihre Agenda ein:

- | | |
|------------|--|
| 5. Mai | 2. Parteitag, Kulturkirche Paulus, 18.30 Uhr |
| 22. Mai | Mitgliederversammlung Basel-Ost, Helvetia Tower |
| 10. Juni | Mitgliederversammlung Basel-West |
| 16. Juni | Mitgliederversammlung Kleinbasel, Tierpark Lange Erlen |
| 18. August | 3. Parteitag |

Bild: Symbolbild Polizei



Nein zum links-grünen Angriff auf unsere Polizei!

Die Kriminalität in der Schweiz nimmt zu!

Die Kriminalität in der Schweiz nimmt zu:

- +19% bei schweren Gewaltstraftaten: Das Bundesamt für Statistik hat besonders bei schwerer Körperverletzung und Vergewaltigungen einen enormen Zuwachs registriert.
- Häusliche Gewalt: Im Vergleich zum Vorjahr nahmen Fälle von schwerer Körperverletzung um 20 Prozent zu, Vergewaltigungen um 30 Prozent.
- Europäische Städte verzeichneten 2023 und 2024 einen starken Anstieg von Terroranschlägen, welche auch in der Schweiz eine reale Gefahr darstellen.

Links-Grün will unsere Polizei entwaffnen. Ausgerechnet jetzt, wo die Kriminalität in unserem Land zunimmt. Die FDP und über 25 000 Bürgerinnen und Bürger wehren sich dagegen.

Die rot-grüne Mehrheit im Lausanner Parlament ist ausser Rand und Band: Sie fordert, dass die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten in Zukunft ohne Waffe unterwegs sind. Die FDP hat umgehend reagiert und setzt sich für eine handlungsfähige Polizei und den Schutz unserer Bevölkerung ein.

Meyer, Wermuth und Mazzone tauchen unter

Innert einer Woche konnten wir über 25 000 Menschen mobilisieren, die gegen diesen links-grünen Irrsinn kämpfen. Gemeinsam mit ihnen haben wir

ein Schreiben Mattea Meyer (SP), Cédric Wermuth (SP) und Lisa Mazzone (Grüne) gesendet, welche jedoch alle drei untergetaucht sind. Gleichzeitig sprechen die Zahlen der jüngsten Kriminalstatistik eine klare Sprache (siehe Box oben.) Wir bleiben dran! Die gefährliche Idee von Links-Grün darf sich nicht auf andere Städte ausbreiten. Deshalb hat die FDP-Fraktion eine Interpellation an das von Bundesrat Beat Jans geleitete Polizeidepartement gerichtet. Unsere Polizistinnen und Polizisten müssen jederzeit schnell und effizient auf gefährliche

Situationen reagieren können – für die Sicherheit unserer Bevölkerung und zum eigenen Schutz.



Matia Demarmels, Kommunikationschef

Stop aux attaques contre nos policières et nos policiers

Madame la Présidente, Chère Lisa,

Comme de nombreux citoyennes et citoyens de notre pays, nous avons été choqués que vos élus lausannois aient unanimement voté en faveur du désarmement de la police.

À l'heure où la violence et les féminicides augmentent, vouloir désarmer la police est irresponsable et témoigne d'une grande méconnaissance du terrain et des menaces quotidiennes auxquelles la population et les forces de l'ordre sont confrontées. Ce constat est partagé par les plus de 28'000 personnes qui ont déjà signé la pétition du PLR contre le désarmement de la police, signe de la confiance dont bénéficient les forces de l'ordre au sein de la population.

Rien qu'en 2023, 2057 cas de violences graves ont été enregistrés en Suisse, soit une augmentation de 5,9% par rapport à l'année précédente.

Les policières et les policiers exercent un métier difficile et dangereux. Ils s'engagent quotidiennement avec professionnalisme pour notre sécurité et le bien commun. Nos forces de l'ordre méritent d'être correctement équipées et de bénéficier du plein soutien des autorités politiques.

Par respect et solidarité envers les policières et les policiers qui peuvent être amenés à risquer leur vie pour protéger la nôtre, nous vous invitons donc à publiquement rejeter cette expérimentation sociale dangereuse de vouloir désarmer la police avant qu'elle ne se propage dans d'autres villes suisses.

Dans l'attente de vous lire, nous vous adressons nos meilleures salutations

PLR.Les Libéraux-Radicaux

Thierry Burkart
Conseiller aux Etats et Président du PLR

Damien Cottier
Conseiller national et Président du groupe PLR des Chambres fédérales

Stop aux attaques contre nos policières et nos policiers

Madame, Monsieur les Co-Présidents, Chère Mattea, Cher Cédric,

Comme de nombreux citoyennes et citoyens de notre pays, nous avons été choqués que vos élus lausannois aient unanimement voté avec les Verts et l'extrême gauche en faveur du désarmement de la police.

À l'heure où la violence et les féminicides augmentent, vouloir désarmer la police est irresponsable et témoigne d'une grande méconnaissance du terrain et des menaces quotidiennes auxquelles la population et les forces de l'ordre sont confrontées. Ce constat est partagé par les plus de 28'000 personnes qui ont déjà signé la pétition du PLR contre le désarmement de la police, signe de la confiance dont bénéficient les forces de l'ordre au sein de la population.

Rien qu'en 2023, 2057 cas de violences graves ont été enregistrés en Suisse, soit une augmentation de 5,9% par rapport à l'année précédente.

Les policières et les policiers exercent un métier difficile et dangereux. Ils s'engagent quotidiennement avec professionnalisme pour notre sécurité et le bien commun. Nos forces de l'ordre méritent d'être correctement équipées et de bénéficier du plein soutien des autorités politiques.

Par respect et solidarité envers les policières et les policiers qui peuvent être amenés à risquer leur vie pour protéger la nôtre, nous vous invitons donc à publiquement rejeter cette expérimentation sociale dangereuse de vouloir désarmer la police avant qu'elle ne se propage dans d'autres villes suisses.

Dans l'attente de vous lire, nous vous adressons nos meilleures salutations

PLR.Les Libéraux-Radicaux

Thierry Burkart
Conseiller aux Etats et Président du PLR

Damien Cottier
Conseiller national et Président du groupe PLR des Chambres fédérales

Deshalb hat die FDP zum Schutz unserer Bevölkerung eine Petition gestartet und sagt: «NEIN zur Entwaffnung unserer Polizei!»

25.3248 INTERPELLATION

Désarmer la police : Quelle est l'évaluation du Conseil fédéral concernant cette initiative de la gauche ?

Deposé par:	GRUPE LIBERAL-RADICAL
Orateur:	DE QUATTRO JACQUELINE
Date de dépôt:	21.03.2025
Deposé au:	Conseil national
Etat des délibérations:	Déposé



Nein zur Juso-Initiative

Fatal für Mittelstand und Unternehmen

Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» der Juso vernichtet den Schweizer Wohlstand und führt zu massiven Steuererhöhungen für den Mittelstand. Dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden würden Milliarden von Franken fehlen: in den Schulen, bei der öffentlichen Sicherheit und sogar im Klimaschutz.

Das fordert die Juso-Enteignungsinitiative

Die Jungsozialisten (Juso) und ihre Verbündeten fordern eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Franken. Diese Steuer soll ohne Ausnahmen gelten und zusätzlich zu allen bestehenden kantonalen Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern erhoben werden.

Brisant ist auch die geforderte sofortige Umsetzung: Die Enteignung soll ab dem Tag der Abstimmung

gelten, noch bevor sich Bundesrat und Parlament mit der Umsetzung befassen konnten. So wenig ist den Jungsozialisten unsere Demokratie wert!

In Wahrheit will die Linke unter dem Vorwand des Klimaschutzes schlicht und einfach die grössten Vermögen enteignen – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Schweiz – und ihr sozialistisches Wirtschaftsmodell durchsetzen. Klar ist, dass die Initiative eine Auswanderungswelle aus-

löst, die enorme Löcher in den Staatsfinanzen hinterlässt. Laut Zahlen des Bundes würden durch eine solche Steuer jährlich bis zu 3,7 Milliarden Franken an Steuereinnahmen verloren gehen.

Der Bundesrat und der Nationalrat empfehlen die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Der Ständerat wird in der Sommersession entscheiden. Die Volksabstimmung könnte so am 30. November stattfinden.

Nein zu neuen Steuern für den Mittelstand und KMU

Entgegen den ideologischen Behauptungen der Sozialistinnen und Sozialisten werden nicht die Reichsten zur Kasse gebeten. Diese haben die Möglichkeiten, ihren Wohnsitz ins Ausland zu verlegen. Es sind der Mittelstand und die kleineren und mittleren Unternehmen, die letztlich die Steuerausfälle kompensieren müssen. In Zeiten allgemeiner Teuerung ist es inakzeptabel, dass gerade diejenigen, die zum Wohlstand der Schweiz beitragen, mit neuen Steuerbelastungen konfrontiert werden.

Die FDP setzt sich mit aller Kraft gegen diese Initiative ein

Die FDP lehnt die Juso-Enteignungsinitiative entschieden ab und führt den bürgerlichen Widerstand der NEIN-Allianz an. Parallel zur Frühjahrssession von National- und Ständerat im März hat die FDP die erste Welle der FDP-Kampagne lanciert. Sie ergänzte das Lobbying im Bundeshaus und trug die Debatte in die Öffentlichkeit.

Die dreiwöchige Kampagne brachte unsere Kernbotschaft klar auf den Punkt: Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.

«Am Ende zahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.»

Mit diesem frühen Start betonte die FDP die zentrale Bedeutung, dieses Themas. Die FDP setzt alles daran, den Mittelstand vor neuen Steuern zu schützen und den Zwangsverkauf von Familienunternehmen zu verhindern.

FDP
Die Liberalen

**Man kann es drehen,
wie man will.**

Am Ende bezahlt der Mittelstand die Steuerausfälle.

Fakten bleiben Fakten: Die milliarden schweren Steuerausfälle der Juso-Enteignungsinitiative fallen zurück auf den Mittelstand. Wenn die besten Steuerzahler durch die 50%-Erbchaftssteuer zur Auswanderung getrieben werden, fehlen in den Kassen von Gemeinden, Kantonen und Bund jedes Jahr bis zu 3'700'000'000 Franken.

- Die FDP schützt den Mittelstand vor neuen Steuern.
- Die FDP verhindert den Zwangsverkauf von Schweizer Familienunternehmen.
- Die FDP verhindert den Kahlschlag beim Service Public.



Scannen und mitmachen:
Hier geht's zum
Testimonial-Generator.

**Nein zur Juso-
Enteignungsinitiative**

juso-enteignungsinitiative.ch



Nadine Racine,
Campaignerin

NEIN zum Verbot internationaler Adoptionen!

Interview mit Nationalrat Simone Gianini

Bundesrat und Justizminister Beat Jans will, dass Schweizerinnen und Schweizer künftig keine Kinder mehr aus dem Ausland adoptieren dürfen. Die FDP stellt sich entschieden gegen dieses Verbot.

Nationalrat Simone Gianini und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter konnten kürzlich einen wichtigen Etappensieg erringen: Die Mehrheit der Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) spricht sich gegen das geplante Verbot aus – und folgt damit der Haltung der FDP.

1 Simone, wieso bekämpft die FDP das von Bundesrat Beat Jans geplante Verbot internationaler Adoptionen?

Die FDP ist grundsätzlich gegen Verbote – insbesondere dann, wenn sie wie in diesem Fall falsch, unverhältnismässig und kontraproduktiv sind. Ende Januar 2025 hat der Bundesrat entschieden, internationale Adoptionen in der Schweiz künftig verbieten zu wollen. Begründet wurde dieser Entscheidung damit, dass ein generelles Verbot notwendig sei, um Kinder in den Herkunftsländern vor Missbrauch zu schützen.

Dieser Ansatz ist aber falsch: Ein generelles Verbot schützt die Kinder nicht besser – im Gegenteil. Es verbaut ihnen diese zusätzliche Schutzmassnahme und die Chance auf ein besseres Leben in der Schweiz. Ein solcher Schritt widerspricht unserer humanitären Tradition, unserer lösungsorientierten Haltung und dem liberalen Grundverständnis von Offenheit und Verantwortung.

2 Bundesrat Jans hat aufgezeigt, dass Missbräuche stattfanden.

Das stimmt. Studien haben erhebliche Missstände in den 1970er- bis 1990er-Jahren aufgezeigt. Diese müssen aufgearbeitet werden – insbesondere durch den aktiven Einbezug von Adoptivkindern, welche teilweise noch heute auf der Suche nach ihrer Herkunft sind.



Bild: Simone Gianini, Nationalrat

«Ein generelles Verbot schützt die Kinder nicht besser – im Gegenteil. Es verbaut ihnen diese zusätzliche Schutzmassnahme, sowie die Chance auf ein besseres Leben in der Schweiz.»

Seither wurden die Rahmenbedingungen zu Recht deutlich verschärft. Die Verfahren sind heute streng reguliert und dauern oft mehrere Jahre. Zudem hat das Haager Übereinkommen zum Schutz

von Kindern die Zahl der als vertrauenswürdig anerkannten Herkunftsländer deutlich reduziert. Heute finden in der Schweiz nur noch einige Dutzend internationale Adoptionen pro Jahr statt – unter klar definierten überprüfbaren Voraussetzungen. Indem diese Kontrollen verbessert werden, lassen sich Missbräuche verhindern.

Die richtige Antwort auf frühere Fehler besteht also nicht darin, sich aus dem System zurückzuziehen, sondern es weiterhin gezielt zu verbessern. Denn für einige Kinder ist eine internationale Adoption nach wie vor die einzige reale Schutzmassnahme und Zukunftsperspektive. Genau dafür setzt sich die FDP ein.

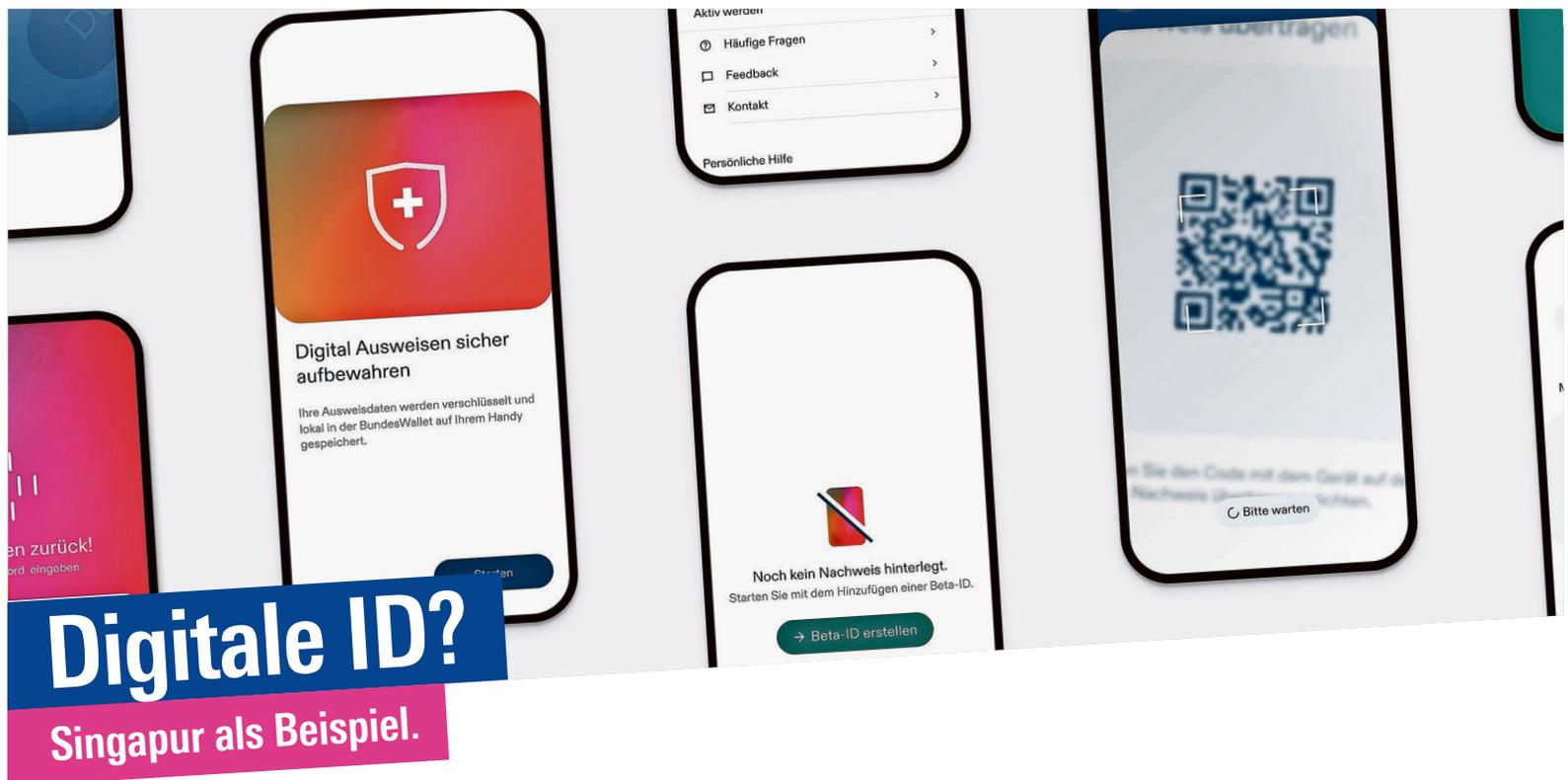
3 Eure Motion kommt nun ins Parlament. Wie schätzt du die Chancen ein? Kann die FDP dieses Verbot verhindern?

Die Rechtskommission hat unsere Motion gegen das Verbot mit 19 zu 6 Stimmen unterstützt. Die solide parteiübergreifende Mehrheit ist ein starkes Zeichen an den Bundesrat. Wenn die Parteien dem Votum ihrer Kommissionsvertreter folgen, stehen die Chancen gut, dass das Verbot im Parlament verhindert wird. Dies dank der Anstrengungen der FDP-Delegation in der RK-N und unserer Partei, welche sich als erste Partei auf nationaler Ebene entschieden gegen ein Verbot internationaler Adoptionen ausgesprochen hat.



Fanny Dietschi, Verantwortliche Freisinn

Visualisierungen der geplanten Schweizer e-ID, Bild: eid.admin.ch



Digitale ID?

Singapur als Beispiel.

Während wir in der Schweiz noch auf die Einführung der elektronischen ID warten, haben mehrere Länder bereits erfolgreich ähnliche Systeme etabliert. «Singpass» aus Singapur ist ein hervorragendes Beispiel dafür, welchen Nutzen die Digitalisierung sowohl für Bürger als auch für die Wirtschaft mit sich bringt.

Was ist die e-ID «Singpass»?

Singpass ist seit 2017 das offizielle digitale Identitätssystem Singapurs. Es ermöglicht den Bürgern, sicher auf eine Vielzahl von Regierungsdiensten und Anwendungen des privaten Sektors zuzugreifen, und das mit einer einzigen digitalen Identität. Die Authentifizierung erfolgt über mobile Geräte oder Webbrowser, wodurch die Notwendigkeit mehrerer Passwörter entfällt. Mit über 2700 integrierten Dienstleistungen verbessert Singpass den Komfort der Nutzer, während gleichzeitig Datensicherheit und Datenschutz priorisiert werden.

Welche Vorteile hat eine e-ID?

In Singapur können neben den Behörden auch verschiedene private Dienstleistungen effizient verwaltet werden. Eine neue Kreditkarte beantragen? Dank Singpass ist dies in wenigen Minuten möglich, und die Bank erhält die verifizierten Daten, die der Benutzer freigeben muss. Die Digitalisierung führt zudem zu einer erheblichen Reduzierung des Papierverbrauchs und vereinfacht Prozesse – sowohl für Nutzer als auch für Behörden und Unternehmen. Ähnliche digitale IDs sind in vielen Ländern verbreitet, insbesondere in Asien. Entgegen gewisser Bedenken erhöht die Digitalisierung die Sicherheit, sofern der Datenschutz gewährleistet ist.

Datensicherheit – Beispiel Singapur

Singapur sichert die Daten von Singpass durch Zwei-Faktor-Authentifizierung und fortschrittliche Verschlüsselungstechnologien. Diese Massnahmen gewährleisten den Schutz der privaten Informationen der Nutzer. Zudem unterliegt Singpass strengen Datenschutzrichtlinien und wird regelmässig auf Sicherheitsrisiken überprüft. Die Nutzer werden auch über Sicherheitsrichtlinien informiert, um deren Bewusstsein für potenzielle Risiken zu schärfen.

Die FDP International unterstützt die e-ID

Die FDP setzt sich aktiv für die Digitalisierung ein. Insbesondere die FDP International hat seit Jahren auf die Nachfrage von Schweizer Bürgern im Ausland hingewiesen, dass die Schweiz in der Digitalisierung Nachholbedarf hat. Neben der e-ID bleibt auch das e-Voting ein wichtiger Schritt in die Zukunft.

Das korrekte Verhalten der Nutzer ist entscheidend, und die Schweiz hat hier Aufholbedarf. Während viele Schweizer bereitwillig persönliche Informationen über soziale Medien oder verschiedene Apps mit Fremden teilen, wird dem Staat oft nicht das notwendige Vertrauen hinsichtlich des Datenschutzes entgegengebracht. Dieses Problem

muss angegangen werden, und die FDP International hofft, dass die geplante Schweizer e-ID im kommenden Jahr erfolgreich lanciert wird und die Bedenken überwunden werden können.

Erfolge im Ausland als Inspiration

«Singpass» zeigt, wie digitale Identitäten den Zugang zu Regierungsdiensten revolutionieren können. Für die Schweiz ist dieses System ein gutes Beispiel dafür, wie digitale Lösungen administrative Prozesse effizienter gestalten können. Die Vorteile von Zugänglichkeit, Sicherheit und der Konsolidierung von Dienstleistungen sind auch für die Schweiz relevant. Die Integration mit privaten Anbietern in Asien zeigt, dass eine wechselseitige Inspiration im digitalen Bereich möglich und wünschenswert ist.



Urs Brudermann,
Vorstand FDP International

Schwerpunkt

Luftabwehrsystem Patriot des US Rüstungskonzerns Raytheon Technologies, Symbolbild.



So schützen wir die Schweiz

7 Forderungen der FDP

In diesen Tagen erleben wir die gravierendsten sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Ukraine wird feilgeboten, Putins Regime wird rehabilitiert und unter Trump ist unklar, ob Amerika dem europäischen Kontinent in Kriegszeiten noch zu Hilfe kommt. Die FDP präsentiert sieben Forderungen, um auch in Zukunft unsere Sicherheit zu schützen – und unsere Freiheit.

1 Kühlen Kopf bewahren

Wir erleben das Ende einer Ära. Wie die neue aussieht, weiss heute noch niemand. In dieser unsicheren und unübersichtlichen Übergangsphase braucht die Schweiz die Besonnenheit, um zu einer sorgfältigen Analyse zu kommen. Und die Geduld, um ihre Interessen strategisch zu verfolgen. Nur unter einer regelbasierten Weltordnung kann ein demokratischer, liberaler und exportorientierter Kleinstaat gedeihen.

2 Keine fremden Herrscher

Wenn die Mächtigsten die Welt unter sich aufteilen, zahlen die anderen den Preis.

Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump. Zu viele in unserem Land lassen sich blenden von solchen starken, bestimmenden Figuren. Heute trifft es die Ukraine und Grönland. Morgen trifft es Polen oder die Schweiz.

3 Massiv mehr investieren

Unsere Armee braucht zusätzliche Milliarden für alle Dimensionen der Verteidigung. Ein Beispiel: Bald erhält die Schweiz zwei Patriot-Systeme, die uns vor Raketen- und Drohnenan-

griffen schützen sollen. Die Schweiz misst 41 000 km². Die beiden Patriots decken aber nur je 7500 km² ab. Würden wir Zürich und St. Gallen schützen, Basel und Bern oder Genf und Lausanne? Ganz zu schweigen von den Randregionen.

4 Antreten!

Jedes Jahr verliert die Armee über 6000 Personen an den Zivildienst. Während unsere Nachbarn aufrüsten, haben manche Schweizer WKs nicht mal einen Koch. Trotzdem schafft es der Bundesrat seit Jahren nicht, ein neues Dienstmodell vorzuschlagen. Dabei läge die Lösung auf dem Tisch: mehr Armee, mehr Zivil-

schutz. Und der Zivildienst wird in der heutigen Form abgeschafft.

5 Rüstungsindustrie retten
Zur bewaffneten Neutralität gehört eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie, die ins Ausland exportieren kann. Nur haben Linke, Mitte und SVP das faktisch verboten. Die FDP fordert alle Parteien dazu auf, mit ihr das Kriegsmaterialgesetz anzupassen. Konkret muss die Wiederausfuhr von Waffen an Partnerländer unter bestimmten Voraussetzungen wieder möglich sein. Und zwar noch vor Ende dieses Jahres.

6 Üben für den Kriegsfall
Im Kriegsfall verteidigt die Schweiz ihr Territorium. Doch bspw. bei der Abwehr einer Rakete ist sie auf die Hilfe umliegender Länder angewiesen. Deshalb braucht es nun intensiviertere Übungen mit der Nato, um die Abwehr z.B. eines russischen Angriffs zu trainieren. Schon General Guisan probte mit Frankreich das «Manöver H», bei dem die französische Armee Artilleriestellungen in der Schweiz bezogen hätte.

«Wir wollen nicht von Grossmächten beherrscht werden und folgen weder Autokraten wie Wladimir Putin noch rücksichtslosen Machtpolitikern wie Donald Trump.»

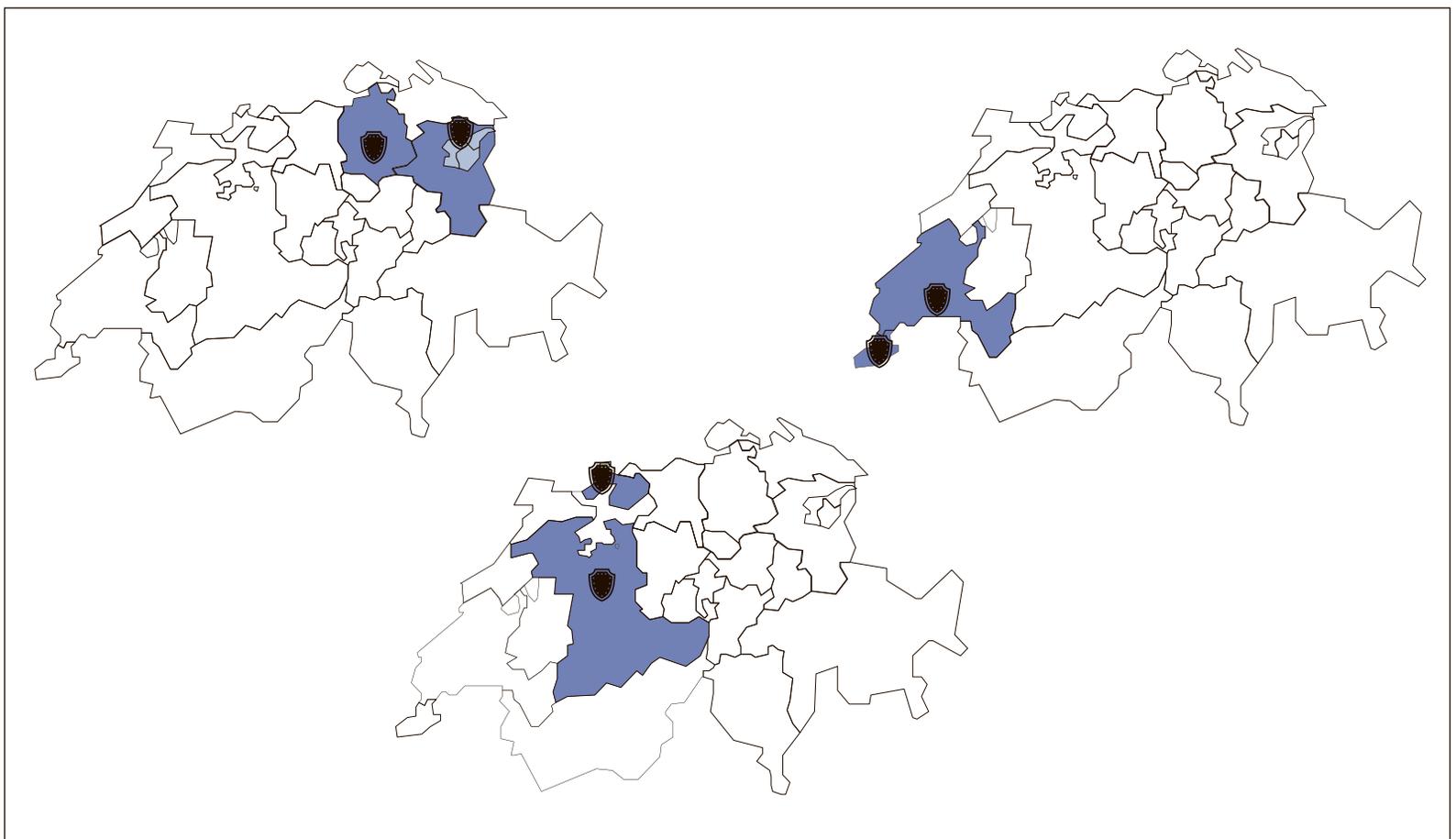
7 Lebendige Neutralität bewahren
Die bewaffnete Neutralität der Schweiz wird heute von beiden Polparteien bedroht.

Die SP will ohnehin die Armee abschaffen, noch letztes Jahr sprach die Partei von einem «Trachtenverein».

Die SVP will die Neutralität versteinern und den Bundesrat in ein starres Korsett zwingen. Ihre «Pro-Putin-Initiative» würde Autokraten stärken und es der Schweiz verunmöglichen, in Konflikten klug eigene Interessen zu wahren.

Statt sich wie die Armeeabschaffer der SP und die Putinverstehler der SVP hinter falschen Friedensmotiven zu verstecken und dem Aggressor nachzugeben, braucht es Mut. Den Mut der Liberalen, allen Appeasern zu widerstehen. Und den Mut der FDP, die Schweiz wieder sicher zu machen.

Heute und in Zukunft: Wir stehen unerschütterlich zu einer verteidigungsfähigen Armee, zu einer regelbasierten Weltordnung, zur Selbstbestimmung der Ukraine und zur bewaffneten Neutralität.



Welchen Teil der Schweiz schützen wir?

Schwerpunkt

Bild generiert mit KI, Bild: FDP.Die Liberalen Schweiz



FDP Luzern setzt sich erfolgreich für den Erhalt der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung ein.

Worum geht es?

Die Ankündigung, der Bund sehe in Zukunft von der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung ab, stiess schweizweit auf breite Kritik.

Auch im Kanton Luzern war die Betroffenheit gross – bei Lehrbetrieben, Ausbilderinnen und Ausbildnern, Lernenden und Bildungsexperten. Dass schriftliche Prüfungen als wesentlich für die Sicherstellung der Bildungsqualität und als fester Bestandteil eines einheitlichen Qualifikationsverfahrens gelten und insbesondere auch die Chancengleichheit fördern, ist eine weit verbreitete Grundhaltung.

Für die FDP Luzern war klar: Es geht um mehr als eine Prüfungsform. Es geht um den Wert einer fundierten Allgemeinbildung als Teil der qualitativ hochstehenden Berufsbildung und letztlich um die Zukunft junger Fachkräfte.

Was tat die FDP Luzern?

Einen Guide zur Lancierung einer Petition durch eine Kantonalpartei.

Bereits seit einiger Zeit hegte die FDP Luzern den Plan, eine Petition zu einem aktuellen Thema zu lancieren. Die vom Bund angekündigte Streichung der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung bot daher den idealen Anlass, dieses Vorhaben umzusetzen.

1. Die Partei reagierte prompt und initiierte eine **Online-Petition** gegen diesen Entscheid.

2. Die **Medien** griffen das Thema prominent auf, und die Verbreitung über die **sozialen Medien** funktionierte wie gewünscht. Innert drei Wochen unterstützten 444 Personen via Online-Petition das Anliegen.

3. Die Petition war zeitgleich ein gutes Instrument, mit den **Wählenden in Kontakt zu kommen** und auf die FDP Luzern aufmerksam zu machen.

In der Folge auf weitere schweizweite Aktivitäten durch die FDP lenkte der Bundesrat ein und übertrug die Entscheidungskompetenz über die Durchführung der schriftlichen Abschlussprüfung in Allgemeinbildung an die einzelnen Kantone.

Für die FDP Luzern war klar, dass ihr Einsatz nun konsequenterweise auf kantonaler Ebene fortgesetzt werden muss.

4. In der Märzsession 2025 reichte FDP-Kantonsrat Ronny Beck eine **überparteilich breit unterstützte Motion** ein, die den Regierungsrat auffordert, die schriftliche Abschlussprüfung im Fach Allgemeinbildung als festen Bestandteil des Qualifikationsverfahrens beizubehalten.

Die FDP Luzern verfolgt ihr Ziel, sich für eine starke und zukunftsfähige Berufsbildung einzusetzen, weiter – für eine Berufsbildung, die den Lernenden die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt sichert.



Katja Häfliger,
Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Luzern

Medienkonferenz zur Kündigungsinitiative, v.l.: NR Christian Wasserfallen, NR Damien Cottier, SR Thierry Burkart, NR Jacqueline de Quattro, SR Damian Müller



Fehlende Arbeitskräfte und massive Asylmigration

Nein zur brandgefährlichen SVP-Kündigungsinitiative

Mit ihrer Kündigungsinitiative will die SVP den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Ausgerechnet jetzt, wo Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und Trump den Welthandel sabotiert, sollen die alten, bewährten Verträge der Schweiz fallen. Die FDP wird die Initiative mit aller Kraft bekämpfen.

Wir befinden uns in unsicheren Zeiten und dürfen gerade jetzt die bewährten bilateralen Verträge mit der EU nicht zerstören. Die Schweiz und ihre Nachbarn können sich nicht mehr darauf verlassen, dass die USA Europa im Falle eines bewaffneten Konfliktes zu Hilfe eilt. Hinzu kommt die globale wirtschaftliche Unsicherheit, nachdem das Weisse Haus am 2. April scheinbar willkürliche Zölle erlassen hat. Ein Bruch mit unserem wichtigsten Handelspartner ohne Plan B ist deshalb nicht nur unverantwortlich, sondern auch gefährlich.

Weniger Arbeitskräfte, mehr Asylmigration

Eine Annahme der Kündigungsinitiative würde einen Asylkollaps provozieren. Denn die Schengen-Dublin-Verträge würden gekündigt, da diese auf der Personenfreizügigkeit aufbauen. Zehntausende in den Dublin-Staaten abgewiesene Migranten würden somit in die Schweiz kommen, da sie hier ein zweites Asylgesuch stellen dürften.

Spitäler kollabieren, Baustellen verwaisen, Bauern lassen ihre Ernten verrotten

Mit der Kündigungsinitiative nimmt der bereits heute akute Fachkräftemangel innert kürzester Zeit dramatische Ausmasse an. Auch die Landwirtschaft wäre massiv betroffen. Die Kündigungsinitiative ist ein Angriff auf unsere Versorgungssicherheit: Arbeits-

kräfte würden beispielsweise auf den Ostschweizer Gemüsefeldern fehlen, in der Fleischverarbeitung der Grossverteiler, in den sonnigen Rebhängen des Lavaux.

«Die Kündigungsinitiative der SVP ist undurchdacht, schädlich für unseren Wohlstand und gefährlich für die Sicherheit der Schweiz.»

Welche KMU könnten heute noch erfolgreich geschäften, wenn sie nicht auf fähige Arbeitskräfte aus den Nachbarländern zählen dürften? Und selbst jenen KMU, die überleben, legt die SVP schwere Fesseln an, weil unsere Betriebe nicht mehr ungehindert exportieren könnten.

Blinde Polizei, abgetauchte Kriminelle

Die Kündigungsinitiative der SVP gefährdet die gesamte Schweizer Bevölkerung. Ohne das Schengen-Informationssystem (SIS), welches täglich Dutzende Warnmeldungen über Terroristen und andere Kriminelle liefert, wären unsere Polizistinnen und Polizisten blind.



Kämpfe jetzt mit uns gegen die Kündigungsinitiative!



Zu den Asylvorstössen:

Mein erstes Jahr im Bundeshaus

Zwischen Beruf, Privatleben und Politik

Seit einem Jahr gehören Kris Vietze, Heinz Theiler und Nadine Gobet dem nationalen Parlament an. Die drei FDP-Politiker geben Einblick in ihren neuen Alltag, in die Freuden und die Frustrationen in der politischen Arbeit. Sie erzählen von ihren politischen Prioritäten und den prägendsten Momenten ihres ersten Jahres in Bern.



Kris Vietze

Was sind die grössten Veränderungen in Ihrer Organisation zwischen Ihrem Berufsleben, Ihrem Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Ich will einen Beitrag dazu leisten, dass unser einzigartiges Land auch in Zukunft einzigartig sein kann. Deswegen verbinde ich seit vielen Jahren aktiv Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – es gehört zu meinem Alltag, Politik, Beruf und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Dass ich das heute als Nationalrätin machen darf, erfüllt mich mit grosser Freude.

Wo sehen Sie derzeit die dringendsten Handlungsfelder in der Sozial- und Gesundheitspolitik?

Die Menschen in unserem Land verdienen eine hervorragende Gesundheitsversorgung, Sicherheit im Fall der Fälle und eine stabile, sichere Altersvorsorge – Punkt. Leider landen die vielen Prämien und Abgaben nicht bei den Menschen, sondern es verbrennen Abermilliarden in einem ineffizienten System der Bürokratie. Das müssen wir stoppen.

«Unsere Willensnation und unsere politische Kultur sind einzigartig auf der Welt.»

Welches Erlebnis aus Ihrem ersten Amtsjahr im Nationalrat war für Sie persönlich besonders prägend?

Das Parlament ist ein sprachliches und politisches Abbild unserer Schweiz. Es berührt mich jedes Mal von neuem, wenn ich erlebe, wie im Parlament – bei aller sachlichen Härte in der politischen Auseinandersetzung – unsere Schweizer Demokratie gelebt wird: Unsere Willensnation und unsere politische Kultur sind einzigartig auf der Welt.



Gabrielle De Simone,
Mitarbeiterin Kommunikation



Heinz Theiler

Welche wesentlichen Veränderungen haben sich in Ihrer täglichen Organisation ergeben, seitdem Sie beruflich, privat und auf Bundesebene politisch engagiert sind – und wie beeinflussen diese unterschiedlichen Lebensbereiche einander?

Die Neuorganisation meines Karosseriebetriebes mit einem Geschäftsführer war sicher die grösste Herausforderung. Die schnelle Einarbeitung in die nationalen Politgeschäfte und die Organisation der Termine waren die zweite grosse Herausforderung. Die Sitzungen nehmen durch den langen Anfahrtsweg von Goldau nach Bern mehr Zeit in Anspruch.

Sie sind Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. Was sind Ihrer Meinung nach die Prioritäten in diesem Bereich?

Es ist wichtig, der Bevölkerung klarzumachen, dass sich die Sicherheitslage in Europa massiv verschlech-

tert hat, ohne damit Panik zu verbreiten. Die Armee muss möglichst schnell wieder vollständig ausgerüstet werden, um den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Aber auch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Desinformationskampagnen als Teil der hybriden Bedrohung hat hohe Priorität.

Ein besonders prägender Moment in Ihrem ersten Jahr als Nationalrat?

Mir fallen dazu zwei Erlebnisse ein: der Besuch meiner beiden Söhne im Bundeshaus anlässlich der Vereidigung als Nationalrat. Das war für mich ein sehr besonderer Moment. Und als zweites die sehr sachorientierte und konstruktive Zusammenarbeit mit Mitgliedern der anderen bürgerlichen Parteien, um die Armeebotschaft in der Herbstsession in trockene Tücher zu bringen.

«Es ist wichtig, der Bevölkerung klarzumachen, dass sich die Sicherheitslage in Europa massiv verschlechtert hat.»



Nadine Gobet

Wie hat sich die Organisation Ihres Alltags durch Ihr berufliches, privates und politisches Engagement auf Bundesebene verändert?

Ich musste ein neues Gleichgewicht zwischen meiner Funktion als Direktorin eines Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes mit 45 Mitarbeitenden und meinem Engagement als Nationalrätin finden. Dieses Gleichgewicht ist wichtig, weil ich sowohl das Mandat, welches mir die Freiburger anvertraut haben, ehren möchte als auch meinen Job behalten möchte, der mich mit der Realität vor Ort verbindet. Es war auch notwendig, zu lernen, Platz zu schaffen, um etwas Zeit für die Medien zu investieren, während ich versuche, ein wenig Privatleben zu bewahren.

Welche Prioritäten sehen Sie derzeit für die Kommission für Rechtsangelegenheiten?

Unsere Kommission sorgt hauptsächlich für die Stabilität der Schweizer Rechtsordnung. Es geht vor allem

darum, legislative Entscheide zu fällen, ohne sich zu einem Übermass an Revisionen verleiten zu lassen. Darüber hinaus müssen wir mit den rechtlichen Herausforderungen umgehen, die die neuen Technologien und eine immer stärker bindende europäische Gesetzgebung mit sich bringen.

Welcher Moment aus Ihrem ersten Jahr im Nationalrat ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben und warum?

Der prägendste Moment wird der meiner Vereidigung innerhalb der Wände des Nationalrates sein. Ich erinnere mich besonders an den Stolz, den ich empfunden habe, sowie an die Demut angesichts meiner neuen Verantwortung. Zwei weitere denkwürdige Episoden waren das erste Mal, als ich vom Rednerpult aus sprechen musste, sowie meine Teilnahme an der Wahl eines Bundesratsmitglieds während meiner allerersten Sitzung.

«Unsere Kommission sorgt hauptsächlich für die Stabilität der Schweizer Rechtsordnung.»

Für alle, die den Wecker stellen

Bereit für die Wahlen 2027?

Wir präsentieren: Der FDP-Wecker

Er ist schon heute gestellt auf die Wahlen 2027. Dann entscheidet sich, ob die Schweiz vollends zum linken Umverteilungsstaat wird – oder ob wir das liberale Erfolgsmodell bewahren.

Kämpfen wir gemeinsam dafür: in den Gemeinden, in den Kantonen und bei den eidgenössischen Wahlen 2027!

Man kann den FDP-Wecker nicht kaufen, nur verschenken:
an Mitglieder der FDP, die sich besonders für einen Politikwechsel zugunsten der Bürgerinnen und Bürger engagieren.

Sie können jeden Parteifreund dafür empfehlen mit einer kurzen Begründung, wieso er den Wecker verdient: wecker@fdp.ch



Frühjahrssession 2025

Es wimmelt wieder im Bundeshaus.

Von 3. bis 21. März fand die Frühjahrssession 2025 statt.

Mehr dazu auf Seite 23.



Bild: Bundeshaus



Zunächst fehlte nur eine Stimme. Im zweiten Wahlgang war es dann mehr als deutlich. Die Schweiz hat einen neuen Bundesrat: Martin Pfister.

Ein Zentralschweizer Regierungsrat hat den Start-Ziel-Sieg von Nationalrat Markus Ritter verhindert. Ich gratuliere dem neuen Bundesrat ganz herzlich. Mit dem VBS übernimmt er ein Schlüsseldepartement für die Sicherheit unseres Landes. Die fast schon langweilige Bundesratswahl wurde von vielen Beobachtern und Medienschaffenden verfolgt. In der Wandelhalle war an diesem Tag deutlich zu spüren: Es gibt keine Medienkrise in diesem Land. Es wimmelte nur so von Chefredaktoren, Kameras, Mikrofonen und Hauptstadtjournalisten. Mangel an Berichterstattung und Information? Fehlanzeige. Selbst mit einem Smartphone konnte man für seine Plattform über eine solche Wahl berichten und sie zum Ereignis machen. So viele Journalisten wie sonst nie waren im Bundeshaus.

Der Markt lebt und zeigt, dass Berichterstattung auch ohne staatliche Subventionen möglich ist. Statt diesen lebendigen Markt zu akzeptieren und allenfalls auf andere Lücken in der Berichterstattung hinzuweisen, haben die verschiedenen Sender und die Journalisten von SRF mehr als nur zur Hektik beigetragen. Die Staatssender richteten sich mit der grossen Kelle ein. Mehrere Räume wurden ausgeräumt, und nicht weniger als vier grosse Übertragungswagen waren vor dem Bundeshaus parkiert. Etwas mehr Demut, gute

Recherche und faire Berichterstattung würden hier mehr helfen, um das Verständnis in Politik und Bevölkerung zu erhalten. Aber da braucht es wohl die Halbierungsinitiative, um der SRG auf die Sprünge zu helfen.

Was sonst noch lief:

1. Fehlende Arbeitskräfte, massive Asylumigration: NEIN zur SVP-Kündigunginitiative

Die SVP will mit der Kündigungsinitiative den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Der Wegfall der Bilateralen würde dazu führen, dass qualifizierte Arbeitskräfte in Spitälern, der Gastronomie und diversen KMUs fehlt. Dafür würde die Schweiz zu einer Hochburg für Asylumigration werden, da sämtliche von der EU abgewiesene Migrantinnen und Migranten bei uns erneut ein Visum beantragen könnten. Mehr dazu auf Seite 19.

2. Individualbesteuerung: Mitte-Links vergiftet Vorlage

Der Ständerat und Parteipräsident Thierry Burkhart brachten es auf den Punkt: Die Individualbesteuerung ist ein «gesellschaftspolitisches, ein steuerrechtliches und ein wirtschaftspolitisches Gebot». Zwar hat der Ständerat die Gesetzesvorlage angenommen, jedoch hat Mitte-Links zulasten der

Schweizerinnen massiv höhere Steuern durchgedrückt. Immerhin: Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat kurz nach der Frühjahrssession korrigiert: Gemäss ihrem Konzept würden die Bürgerinnen und Bürger nicht mehrere hundert Millionen Franken mehr an Steuergeldern zahlen müssen. Mehr dazu auf Seite 12.

3. Nationalrat erteilt Juso-Enteignungsinitiative eine Abfuhr

Der Nationalrat hat deutlich beschlossen, Volk und Ständen die Juso-Enteignungsinitiative, die eine hohe Erbschaftssteuer fordert, zur Ablehnung zu empfehlen. Die FDP hat an vorderster Front für das deutliche NEIN gekämpft. Die Initiative würde die Weitergabe von Familienbetrieben massiv erschweren bis verunmöglichen. Ein Grossteil der Betroffenen würde wegziehen, was gar zu Mindereinnahmen für den Fiskus führen würde. Und für die innovativen Jungfirmen wäre die Schweiz nicht mehr attraktiv. Mehr dazu auf Seite 4 bis 7.

4. 15 FDP-Vorstösse für eine konsequente Asylpolitik

Der Fokus der Debatte lag auf einer konsequenten Steuerung des Asylwesens, robusten Massnahmen zur Grenzsicherung und klar definierten Regeln beim Familiennachzug. Die FDP unterstützte überwiegend alle Initiativen – bis auf die Motion, die eine flächendeckende Überwachung der Landesgrenzen forderte. Mit 127 Stimmen setzte sich zudem eine eigene Fraktionsmotion durch. Diese beauftragt den Bundesrat, gezielt Massnahmen zu entwickeln, die logistische Hürden im Vollzug von Wegweisungen abbauen und stark belastete Kantone mit zusätzlichem Personal sowie finanziellen Mitteln entlasten. Ziel ist es, den Rückführungsprozess effizienter zu gestalten und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen nachhaltig zu stärken. Mehr dazu auf Seite 19.



Hier geht's zu den Sessionsberichten:



Christian Steiner, Fraktionssekretär



Günther Bild wurde mit Hilfe von KI erstellt.

